Angehörigen Info 59

G 10228 D
1.2.1991

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Stellungnahmen zum Golfkrieg

Wir haben wegen des Golfkrieges und der Fülle an Medien-Informationen dazu, die meistens aus Halbwahrheiten oder auch glatten Lügen bestehen und die Probleme der Region nur sehr vordergründig erfassen, überlegt, daß wir in diesem Info möglichst Menschen aus den direkt betroffenen Völkern dort zu Wort kommen lassen wollen. Deshalb haben wir zusätzlich zu der Erklärung von Stefan und Sven die Erklärung der Angeklagten im Düsseldorfer Kurdenprozeß, eine Erklärung der antifaschistischen Opposition aus dem Irak und ein telefonisches Interview mit einer Palästinenserin ins Info genommen. Wir denken, daß diese Texte einige authentische Hintergrundinformationen und Diskussionsanstöße bieten können.

Einige Gedanken von Sven Schmid und Stefan Feifel zum Krieg am Golf

„wann krieg beginnt, das kann man wissen, aber wann beginnt der vorkrieg. falls es da regeln gäbe, müßte man sie weitersagen. in ton, in stein eingraben, überliefern. was stünde da?
da stünde, unter anderen sätzen: laßt euch nicht von den eigenen täuschen."
schreibt christa wolf in „kassandra".

im nahen und mittleren osten ist krieg.
seit jahrzehnten nahezu ununterbrochen, und die eskalation jetzt ist das politische produkt daraus.
ein reaktionäres produkt der großmachtpolitik, auch als nachfolge der „alten" kolonialmächte; in dem sinne, daß die sogenannte „entkolonialisierung" nach dem 2. weltkrieg durch die großmächte fast überall ihnen hörige regimes und oligarchien etabliert hat, die den einfluß der imperialen bourgeoisien sowohl hinsichtlich der strategischen rohstoffe als auch politisch gegen jede tendenz zu wirklicher selbstbestimmung, unabhängigkeit und souveränität der jeweiligen länder sichern sollten.

im sinne dieser hegemonialpolitik ist der irak mit seiner politischen elite vom westen wie vom osten, von den nato-staaten wie vom warschauer pakt — je nach lage der äußeren umstände systematisch aufgebaut worden. zuletzt als bollwerk gegen die „drohende islamische gefahr aus dem iran", was zu einem krieg führte, der über eine million menschen das leben kostete und allein durch das gigantische und technologisch überlegene waffenarsenal der nato-staaten entschieden wurde.
eben jene technologien aus dem ABC-waffenarsenal, um die jetzt im nachhinein ein verlogenes geschrei angestimmt wird. tatsache ist, daß bereits sicher mehr als 100000 menschen durch diese waffen, insbesondere giftgas, getötet wurden.
aber ein arabischer und kurdischer mensch ist in der medien-welt des westens nichts wert, es wird allerhöchstens zur kenntnis genommen, wie so vieles. und so herrscht letztendlich schweigen — die ganzen jahre über.
schließlich war es im interesse des westens,
im interesse der macht und des profits.

es ist richtig, saddam hussein als reaktionär zu bezeichnen, das ist gar keine frage. und wir wünschen ihm den größtmöglichen volksaufstand an den hals —
wir sagen aber auch, die europäer haben nach diesen jahrzehnten des krieges jedes recht verloren, auch nur irgendeine „moral der aufklärung" als primat der politik gegen die arabischen völker zu behaupten.
auch ist es eine folge nach diesen jahrzehnten, daß die arabischen völker keine illusion mehr haben. sie wissen einfach nach all den jahren von krieg, ausbeutung, unterdrückung und völkermord, was sie von den errungenschaften des westens zu halten haben. und da braucht sich auch niemand zu wundern, schon gar nicht die, die für diese entwicklung verantwortlich sind, wenn sie von den völkern zur rechenschaft gezogen werden.
das ist auch der grund dafür, wenn die arabischen menschen und die mobilisierten massen in den medien als „dämonen", als „meuchelmörder" dargestellt werden.

die „europäische moral", mit der sich hier ganz schick und komfortabel leben ließ und noch läßt; wo „humanität" vor allem was mit schlechtem gewissen und care-paketen zu tun hat —
mit wirklicher menschlichkeit dagegen sehr wenig. und für die untersten massen, die völker im nahen und mittleren osten, war diese „humanität" gleichbedeutend mit ökonomischer ausblutung.
die „moral" bestand aus kriegen, die immer wieder im namen des „kampfes gegen den internationalen terrorismus", als schmutziger krieg, mit allen mitteln geführt wurden. und die arabischen völker, besonders das kurdische und palästinensische volk, mit aller gewalt trafen und treffen.
die „errungenschaften der aufgeklärten europäischen zivilisation" waren oft gefangenenlager, in denen tausende und abertausende menschen eingesperrt, gefoltert und ermordet wurden; und bedeuteten vor allem die soziale und kulturelle unterwerfung der länder unter die herrschaft des westlichen wert- und warenkonsums, womit sich die kompradoren-bourgeoisie vor ort, aber vor allem die exportindustrie der reichen länder im norden fett gemacht und fett gehalten hat.

„humanität", „moral" und die „errungenschaften der aufgeklärten europäischen zivilisation" bedeuten rein gar nichts mehr. zu lange haben die europäischen gesellschaften es zugelassen, daß in ihrem namen und vor allem auch in ihrem interesse eine weltwirtschaftsordnung durchgesetzt wurde und eine machthungrige kaste ein weitverzweigtes netz zur unterdrückung aufgebaut hat und jegliche „moral" und „humanität" für ihre zwecke mißbraucht hat.
in den ohren der unterdrückten ist sie heute eine todesmelodie.

deswegen kann moral nur widerstand sein.
aufstand gegen die reaktionäre großmachtpolitik und ihre folgen: imperialistischer krieg. und nur so läßt sich moral überhaupt nur wiederherstellen, indem sie andere verhältnisse herstellt: kräfteverhältnisse,



Demonstration in Bonn am 26.1. (Bild: af/mz)

die die reaktionären entwicklungen blockieren.

das ist die handlungsalternative heute: die menscheninteressen selbst in die hand zu nehmen und durchzusetzen; d.h. auch, des menschen recht auf ein würdevolles leben durchzusetzen.

wir können es nicht weiter zulassen, wie ganze landstriche zu vergifteten wüsten, zu schlachtfeldern des profits werden oder ganze regionen in abwechselnd „kalte und heiße" kriege hineinmanövriert werden, nur damit eine verschwindend geringe minderheit ihre interessen auf dem rücken der völker auspowert.

eine kette von niederlagen hat uns klar gemacht, mit wem und mit welcher macht wir es zu tun haben, darüber darf keine illusion mehr bestehen, wenn wir uns verständigen wollen.

es kann sein, daß wir in „sachen große politik" nicht besonders gut sind und auch alles „sehr kompliziert" ist, aber wir können als einfache menschen eine einfache frage stellen:

wem nutzt es?

wem nutzt der drohende krieg und die seit fünf monaten laufende mobilmachung?

es gibt nur eine antwort: den profiteuren des todes. diese internationale clique des militärisch-industriellen komplexes (M.I.K.), die riesige geschäfte und profite mit dem irak gemacht hat und jetzt, im bisher drohenden krieg gegen den irak, wieder der hauptprofiteur ist,

und ganze sieben ölmultis, die sich regelrecht dumm und dämlich verdienen.

laut bush wird dieser krieg, wenn es dazu kommt, im namen von „freiheit, demokratie und mit gott" geführt, „die guten gegen die bösen" —

nichts stimmt, außer der tatsache, daß sich die rüstungslobby und -industrie von der sorge befreit sieht, daß sich in europa, aufgrund der politischen veränderungen, nicht besonders gut geschäfte mit der kriegsvorbereitung und dem krieg machen lassen. wir sehen die erleichterung in der nato-vorstandsetage, die jetzt die möglichkeit hat, sich als weltweit agierende macht deutlich zu profilieren, und die „neuformulierung" der nato-doktrin schon mal praktisch realisiert.

genauso wie sich die bundeswehr vom „marterpfahl der geschichte befreit" und im rahmen der nato und der westeuropäischen militärallianz (WEU) ganz offiziell luftwaffen-truppen in die türkei verlegt und damit fakten für die zukunft schafft.

genauso geht es um die mobilität der modernen gesellschaft und darum, daß die automobilindustrie weiterhin unter günstigen konditionen die luft zum atmen verpesten kann. vor allem jetzt, wo es die möglichkeit gibt, neue märkte im osten europas zu erschließen und vw mittlerweile von spanien bis in die CSFR die interessen des bundesdeutschen kapitals vertritt.

und es drängt eine kuwaitische herrscherclique auf ihr „recht", weiterhin in unbeschreiblichem, dekadentem überfluß zu schwelgen, deren „not" so groß ist, daß sie anfangen, auf englischem rasen in der wüste golf zu spielen. auf golfplätzen, die ihnen bauriesen aus den metropolen freudig anlegen.

daß den usa die souveränität von staaten einen dreck wert ist, wenn sie nicht ihren imperialen interessen dienen, ist bekannt.

im falle kuwaits ist es aber nochmal nützlich, daran zu erinnern, daß es vor 18 jahren die us-außenpolitik war, die den irak ermunterte, kuwait zu annektieren, einfach weil es damals in ihrem interesse war, um im rahmen der ölkrise und der bildung des opec-kartells ein exempel gegen kuwait statuieren zu lassen.

und es ist wichtig, an die äußerungen des türkischen sozialdemokraten ecevit zu erinnern, der im sommer '90 im irak war. der sagte, daß die usa vor der invasion bescheid wußten, daß der irak in kuwait einmarschieren würde, wenn sich seine geldpolitischen forderungen nicht anders erfüllen lassen würden, die er brauchte, um nach dem krieg mit dem iran wieder hochzukommen. und ecevit zieht die schlußfolgerung, daß den usa der konflikt grad zur rechten zeit kam; wo der militärpolitische flügel durch die veränderungen in europa einen einbruch auf sich zukommen sah und die ersten auswirkungen schon spürbar wurden, genauso wie sich der aufgeblähte militärapparat und die truppenstationierung in westeuropa nicht mehr rechtfertigen ließen.

und so sieht es auch aus:

es geht schon längst nicht mehr um die „abwehr einer invasion", um die es im kern auch nie ging. es geht um eine neue machtverteilung wie um die herrschaft über rohstoffressourcen.

d.h. es geht hierbei auch um „ausgangspositionen" für den immer schärfer werdenden ökonomischen konkurrenzkampf der drei großen imperialistischen wirtschaftszentren, die zusehends ausgeprägtere konturen annehmen; und für die usa ist es unmittelbar die frage, ob sie ihren „leadership"-anspruch in der imperialen staatenkette aufrechterhalten können, und so versuchen sie schnellstmöglich, angetrieben aus den weltpolitischen veränderungen, einen keil von nord nach süd zu treiben und unter ihrer führung die militärische marschrichtung festzulegen.

unabhängig, ob es zur militärischen konfrontation mit dem irak kommt, die ersten us-pläne sind schon bekannt, wie die region in der struktur ähnlich, wie mitteleuropa in einer tödlichen blockkonfrontation unter imperialistischer dominanz „befriedet" werden soll.

es zeichnet sich ein einschnitt für das kommende jahrzehnt ab, der wahrscheinlich von der qualität sein wird wie, geschichtlich gesehen, der abwurf der atombombe über hiroshima (obwohl der japanische faschismus besiegt war) und der beginn des korea-krieges mit all seinen folgen, bis hin zum vietnam-krieg.

der truppenaufmarsch am golf ist das signal und der auftakt!

durch den kollaps des warschauer pakts gibt es für die imperialistische hegemonialpolitik objektiv keine außenpolitische grenze mehr,

und so kommt alles zusehends auf seinen wirklichen kern zurück:

die grenze, die gegen ihre pläne gezogen werden kann und muß, kann nur durch eine radikale und revolutionäre fundamental-opposition gezogen werden, die sich innerhalb der führenden imperialistischen staaten als gegenbewegung konstituiert und den „politischen und sozialen preis" derart in die höhe treibt, daß er den außenpolitischen profit, den sie sich erhoffen, übertrifft.

der politischen elite in den usa, selbst so einem „falken" wie mc namara, ist klar, daß die dialektik der konfrontation aus ihrem kriegskurs sehr wohl ins außenpolitische „aus" der usa führen kann — und nicht nur für sie.

es ist jener kriegskurs, der die metropolengesellschaften innenpolitisch zersetzt, und es sind die haushaltsdefizite, die reagans (aber auch thatchers) kriegsökonomie hinterlassen hat.

ein kriegskurs, der sich immer wieder nur als logik der selbstzerstörung offenbart hat und damit die legitimität der herrschenden politischen elite in frage stellt und angreifbar wurde und real ist.

das vorherige und zuletzt grob skizzierte kann also durchaus grundlage für die fortschrittlichen und revolutionären kräfte sein, um in einer gemeinsamen anstrengung und in einer kurzfristigen perspektive die eskalation des krieges unmittelbar zu verhindern.

die parole:

„krieg dem imperialistischen krieg" ist eine fundamentale politische position, die nicht aufgegeben werden kann und darf, wenn sich die radikale und revolutionäre linke nicht selbst entwaffnen will, und sie meint den widerstand mit allen formen und mitteln gegen jegliche militärische aggression, die von den metropolen ausgeht.

ist die demonstration '83 nach/in bremerhaven zu den verlade-terminals, worüber heute militärisches material in den golf verschubt wird, vergessen?

ist die jahrelange „anti-nato-mobilisierung" mit ihren vielzähligen aktivitäten und den unzähligen veröffentlichungen zum „wartime host nation support"-abkommen vergessen?

ist die kampagne „stoppt die munitionstransporte" von '84 mit ihren einfachen möglichkeiten vergessen?

es muß auch so gesehen werden, der politische kern einer militärischen mobilmachung wie seit dem 2. weltkrieg nicht mehr, einer immer aggressiver werdenden innerstaatlichen politik in westeuropäischer dimension, ist ein und derselbe.

denn in einen immer schneller treibenden weltpolitischen prozeß, der die alten und verkrusteten demarkationslinien aufgerissen hat und zwangsläufig eine politische erruption mit sich bringt, müssen sie schnellstmöglichst „pflöcke" in die wirklichkeit treiben,

„pflöcke", um von einigermaßen gesicherten politischen und militärischen bastionen aus ihre dominanz und herrschaft zu behaupten.

heute die innen und außen gleichziehende aggressive machtpolitik an einem punkt zu blockieren und politisch zu brechen, hat in diesem kontext weitreichende folgen und wird sich nicht allein auf diesen konkreten punkt nur auswirken.

sie an einer der sichtbaren machtlinien abzubremsen und politisches terrain zu erobern, wird die ausgangslage für linke-revolutionäre politik in der brd wie in ganz westeuropa mitbestimmen,

genauso wie auch die situation für uns gefangene revolutionäre und aktuell den ausgang des hungerstreiks der politischen gefangenen in spanien.

es geht grundlegend um zeit und politischen raum zum aufbau und zur entwicklung revolutionärer projekte wie um politische lösungen, die sich ausschließlich an der wirklichkeit und dem unmittelbaren „gebrauchswert" für die völker und menschen zu orientieren haben.

wir stimmen aus ganzem herzen mit den palästinensischen frauen überein, wenn sie sagen:

„wir wollen weder taktisch noch strategisch zur hölle gehen."

und die alternative liegt auf der hand und entscheidet sich auch aus der verantwortung und der anstrengung der menschen, der radikalen und revolutionären bewegung in der brd, ob es zu einem bruch in der imperialistischen aggressionspolitik kommt oder nicht, ob ihre politische und militärische handlungsfähigkeit durch eine gegenbewegung und politik von unten blockiert wird oder nicht.

sie brauchen die eskalation am golf —
nicht die völker, nicht wir!

stefan feifel und sven schmid, gefangene aus dem antiimperialistischen widerstand.

anfang januar '91

Erklärung der Angeklagten im „Kurdenprozeß" vor dem OLG Düsseldorf zum Golfkrieg

Seit vielen Monaten sitzen wir in diesem Verfahren, dessen Ausmaße nicht mehr absehbar sind. Während sich um uns herum, das heißt im Mittleren Osten, die gesamte Situation zunehmend verschärft, spielen wir „prozessualen Alltag". Der Mittlere Osten und speziell Kurdistan sind aber tagtäglich Inhalt unseres Alltags, Kurdistan und der Mittlere Osten, das ist unsere Heimat. Kurdistan und der Mittlere Osten, das ist unser Kampf. Kurdistan und der Mittlere Osten sind in erster Linie das Ziel unseres Wirkens. Wir, die angeblichen Angeklagten, sitzen hier, weil wir uns als ein Teil des Nationalen Befreiungskampfes in Kurdistan verstehen. Angeklagt wird hier, zumindest nach Verständnis dieses Gerichts und der BAW (Bundesanwaltschaft, d. Red.), der Kampf der Arbeiterpartei Kurdistans. Dies sind einige Gründe, warum wir heute nicht einfach zum Alltag übergehen können. Das sind allerdings bei weitem nicht die einzigen Gründe.

Mit der Eröffnung unseres Prozesses hat die BRD zum ersten Mal offiziell in den Kampf zwischen dem Volk Kurdistans unter der Führung der PKK/ERNK und dem türkischen Kolonialismus interveniert. Die BRD mischte sich damit zum ersten Mal direkt in eine Auseinandersetzung ein, in der sie seit vielen Jahren indirekt involviert ist, indem sie die TR mit allen Mitteln unterstützt und für ihren Fortbestand im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung, in erster Linie verantwortlich ist. Wir können es gar nicht oft genug wiederholen, die Anwendung des § 129a ist nicht nur ein rein strafrechtliches Verfahren.

Angesichts dieser Hintergründe ist die derzeitige Situation für uns von derart immenser Bedeutung, daß wir nicht einfach so weitermachen können. Dazu kommt, daß die Verschärfung der Krise weiter zugespitzt wurde, als die BRD im Rahmen der NATO beschlossen hat, Bundeswehrsoldaten als Teil der Allied Mobile Forces, der schnellen mobilen Einsatztruppen, nach Kurdistan zu entsenden. Der historische Vergleich zu der Entsendung der Einheiten der Legion Condor im Jahre 1937 nach Spanien ist nicht von der Hand zu weisen.

Seit dem 6. Januar 1991 sind insgesamt 576 NATO-Soldaten, davon 270 Bundeswehrsoldaten, in Kurdistan stationiert. Diese Zahl mag erst einmal nur eine symbolische Zahl sein, deren Symbolik allerdings in ihrer Konsequenz, wenn nämlich in wenigen Stunden oder Tagen der Krieg ausbricht, oder schon ausgebrochen ist, katastrophale Folgen haben kann. Wenn geschossen wird, wird es nicht bei den 270 oder 576 Soldaten in Kurdistan bleiben. Und sie werden die zweite Front im Norden bilden. Und diese zweite Front im Norden ist Kurdistan, unser Land ...

Das ist die Lage, wenn der Krieg ausbricht. Es gibt noch eine andere, ganz konkrete, schon bestehende Situation. Das ist heute. Die TR betreibt seit dem Ausbruch der Golfkrise eine ganz massiv aggressive, kriegstreiberische Politik. Wir wollen heute nicht ausführlich die Gründe hierfür beschreiben. Viel wichtiger ist, was in diesem Rahmen passiert, nämlich ein verbrecherischer Völkermord an unserem Volk. Seit dem Ausbruch der Golfkrise wird die militärische Endlösung der kurdischen Frage in der Türkei betrieben. Seit dem Ausbruch der Golfkrise werden die bis heute fast 1500 Dörfer in Kurdistan zwangsumgesiedelt und die Behausungen der Menschen dem Erdboden gleichgemacht. Seit dem Ausbruch der Golfkrise sind mehrere hunderttausend kurdische Menschen in den Westen der Türkei deportiert worden. Seit dem Ausbruch der Golfkrise wurden Tausende von Hektar Land, das landwirtschaftlich genutzt wurde, nach der Politik der „toten Erde" abgebrannt. Seit dem Ausbruch der Golfkrise werden wöchentlich bis zu tausend kurdische Menschen festgenommen und gefoltert. Fast 50 Menschen sind in den letzten fünf Monaten durch diese Folter umgekommen.

Diese Liste kann unendlich erweitert werden. Und alles dies geschieht nicht etwa heimlich, sondern offen und vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Die TR ging sogar so weit, diese Maßnahmen offiziell anzukündigen, als sie dem Europäischen Rat mitteilte, daß sie die Menschenrechte in den kurdischen Provinzen suspendiere. Diese Politik betreibt und kann die TR nur betreiben, weil sie sich der vollen Unterstützung ihrer engsten Verbündeten sicher ist.

Während wir hier sitzen, werden Hunderttausende von türkischen Soldaten in den kurdischen Provinzen stationiert. Während wir hier sitzen, wurden und werden inzwischen Tausende von Panzern in den kurdischen Städten und an Verbindungsstraßen stationiert. Während wir hier sitzen, fliegen moderne Kampfflugzeuge im Tiefflug über die Köpfe der Menschen in Kurdistan.

Diese ganze Situation wird mitgetragen von den Verbündeten der TR (Türkische Republik, d. Red.). Diese gesamte Situation wird mitgetragen von der NATO und insbesondere von der BRD. Die türkische Armee ist fast ausschließlich mit deutschen Waffen ausgerüstet. Saddam Hussein besitzt Giftgas, das hergestellt wurde in Produktionsstätten „made in Germany". Die Alpha-Jets der deutschen AMF-Truppen haben nur einen Aktionsradius von 400 Kilometern. Von dort, wo sie jetzt stationiert sind, in Erhaç, sind es aber fast 600 Kilometer bis zur irakischen Grenze. Was sollen diese Flugzeuge also dort im Ernstfall tun? Sie sollen Kurdistan bombardieren. Selbst wenn sie direkt an der Grenze stationiert wären, erreichten sie nur kurdische Gebiete ein Südkurdistan. Diese Entscheidung, AMF-Truppen in Kurdistan zu stationieren, ist also in jedem Fall ein aggressiver Akt der NATO gegen Kurdistan.

Genauso ist die gesamte Krise ein Produkt der imperialistischen Politik in unserer Region. In dieser Auseinandersetzung gibt es für uns keine Wahl. Wir können nicht für oder gegen Saddam, für oder gegen den Imperialismus sein. Das ist eine Wahl zwischen Pest und Cholera.

Für uns gibt es nur einen Weg, und das ist der Widerstand gegen die imperialistische Besetzung und den reaktionären und kolonialistischen Krieg. Wir haben unsere Positionen aber schon seit Ausbruch dieser Krise festgemacht und öffentlich gemacht.

Wir sitzen in diesem Prozeß in einem Gericht eines Landes, das jetzt direkt an einem aggressiven Akt gegen unser Volk und unser Land beteiligt ist. Deswegen wollen wir dies nutzen, um noch einmal mit aller Deutlichkeit einige Appelle zu machen. Wir fordern die BRD auf, sofort und unverzüglich die Bundeswehreinheiten aus Kurdistan zurückzuziehen. Sie sind dort eine aggressive Besatzungsmacht und damit unsere Feinde. Wir fordern die sofortige Einstellung der militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung der TR, die eine aggressive Kriegspolitik betreibt und im Schatten der Golfkrise einen Völkermord begeht. Wir fordern alle fortschrittlichen und demokratischen Kreise und Einzelpersonen dazu auf, sich für den sofortigen Rückzug der deutschen Truppen aus dieser Region einzusetzen und die Völkermordpolitik der türkischen Regierung anzuklagen. Wir fordern alle Kräfte dazu auf, das kurdische Volk in seinem Kampf um sein Selbstbestimmungsrecht zu unterstützen und konkrete Maßnahmen in diesem Sinne zu unternehmen.

Als logische Konsequenz fordern wir natürlich, daß dieser Prozeß, der ein Teil dieser NATO-Operation ist, an dessen vorläufigem Ende die Stationierung der AMF-Truppen in Kurdistan steht, sofort eingestellt wird.

Die Angeklagten im Düsseldorfer PKK-Prozeß

Stellungnahme des „Antifaschistischen Widerstand Irak"

Die USA und die übrigen NATO-Staaten, die UdSSR, der Irak und die Verbündeten der NATO (Türkei, „Israel", „Saudi"-Arabien ...) — sie alle heizen den Vernichtungskrieg an. Eine Seite kämpft im Namen des „Völkerrechts" und ihrer „neuen Weltordnung", die andere im Namen der Nation und einer Milliarde Muslime. In Wirklichkeit ist es ein Krieg der *Herrschenden* der Welt für Geld und Macht. Es ist ein Krieg gegen das Interesse aller friedliebenden Menschen in der Region und der ganzen Welt. Deswegen rufen wir die Völker auf, zusammen gegen diesen Krieg und gegen die Systeme, die ihn hervorbrachten und von ihm profitieren, zu kämpfen.

Der Kampf gegen den Krieg der USA und der NATO und der Wider-

stand gegen das faschistische Baath-Regime im Irak gehören zusammen!

Die irakischen Werktätigen werden seit 22 Jahren durch das terroristische Baath-Regime unterdrückt, jeder Widerstand wird liquidiert. Diese Politik wurde bewußt und gezielt auf allen Ebenen — politisch, wirtschaftlich, militärisch und ideologisch — von den Staaten unterstützt, die heute die irakische Bevölkerung durch ihren Krieg liquidieren. Als Bluthund des Imperialismus hat Saddam Hussein die kurdische und kommunistische Befreiungsbewegung zu vernichten versucht; acht Jahre lang hat er für den Westen und die Golfmonarchen Krieg gegen den Iran geführt. Wer sich diesem Krieg verweigerte, wurde erschossen oder mit Gift massakriert. Die irakischen Werktätigen haben den Preis für diese unheilige Allianz zwischen dem faschistischen Baath-Regime und seinen imperialistischen Herren mit ihrem Blut bezahlt. Jetzt bezahlen sie den Krieg mit ihrem Blut. Die westliche Kriegsmaschinerie sieht die irakische Bevölkerung nur als „militärisches Potential". Ihre militärischen Ziele liegen z.T. in den ärmsten Vierteln Bagdads, wo arabische, kurdische, türkische und christliche Familien durch 1000-kg-Bomben zerfetzt werden.

Der „Führer der Nation" (Saddam Hussein) versucht, die antiimperialistische Stimmung der arabischen Massen für seine Kriegsführung einzusetzen. Sein Ziel ist, die baathistische Terrorherrschaft über die ganze arabische Welt auszuweiten. Aber nur wenn die arabischen Massen ihren antiimperialistischen Kampf mit dem Kampf gegen ihre reaktionären Regime, gegen das Saddam-Regime und für soziale Befreiung und revolutionäre Demokratie verbinden, kann eine Niederlage der fortschrittlichen Kräfte in der Region verhindert werden. Der imperialistische Krieg muß von den Massen in einen revolutionären Krieg umgewandelt werden.

— *Für eine revolutionäre Demokratie im arabischen Raum!*
— *US- und NATO-Truppen, raus aus dem „Nahen Osten"!*
— *Keine direkte oder indirekte Beteiligung der BRD am Krieg!*
— *Solidarisiert Euch mit dem irakischen Widerstand gegen Faschismus und Krieg!*

Antifaschistischer Widerstand Irak, unterstützt von der Union Irakischer Demokraten

Telefonisches Interview mit einer Vertreterin der Union palästinensischer Frauenkomitees

Jerusalem, 22.1.1991

Palästina-Info: Kannst Du bitte die Situation seit Ausbruch des Krieges beschreiben? Wie ist die Stimmung in den besetzten Gebieten?

Antwort: Die Menschen hier haben erwartet, daß der Krieg tatsächlich stattfinden wird. Bei den meisten Leuten konntest Du — als der Krieg dann begann — sehen, daß sie stärker wurden und ihre Angst verloren. Schon vor Kriegsbeginn gab es Nachrichten, daß mit israelischen Angriffen auf die Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu rechnen sei. Das Palestinian Human Rights Information Center in Jerusalem verbreitete am 11. Januar einen dringenden Aufruf zum Schutz der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten. Darin wurde die Weltöffentlichkeit, die sich angesichts des auslaufenden Ultimatums am 15. Januar auf die Situation am Golf konzentrierte, darauf aufmerksam gemacht, daß die UNO ihr Personal aus den besetzten Gebieten abgezogen hat.

Peace Now berichtete auf Grundlage von Informationen, die aus Siedlerkreisen nach außen gedrungen waren, daß militärische Einheiten von Siedlern im Reservedienst der Armee in der Westbank eine „Massenevakuierung" von Palästinensern planen. In einem Telegramm an den Stabschef der israelischen Armee vom 9. Januar erklärte Peace Now, „daß sogar eine kleine Gruppe, die solche Pläne entworfen hat, diese ausführen kann, wenn die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit abgelenkt ist". Schlomo Gazit, Geheimdienstchef von 1974 bis 1978, erklärte, die die Palästinenser betreffende militärische Antwort auf den Krieg sollte sehr harsch ausfallen.

Über die gesamten besetzten Gebiete Westbank und Gazastreifen wurde eine totale Ausgangssperre verhängt. Es wurde uns gedroht, daß auf jeden und jede sofort scharf geschossen würde, der oder die das Haus verläßt. Diese Ausgangssperre betrifft auch weite Teile von Ostjerusalem, das außerdem von der Außenwelt isoliert ist.

In den besetzten Gebieten wird kein Luftalarm gegeben, und an die PalästinenserInnen wurden keine Gasmasken verteilt. Es gibt aber ein eigenes Warnsystem über Kontakte in Jerusalem. Insgesamt ist die Atmosphäre ruhig, aber sehr angespannt. Wir hörten auch von den Demonstrationen in Europa und den USA. Das ist sehr ermutigend für uns.

Ist es möglich, die Grundbedürfnisse der Menschen wie Nahrung und Medizin für die Menschen in der Westbank und dem Gazastreifen zu organisieren?

In den ersten drei Tagen wurde die Ausgangssperre einmal für zwei Stunden aufgehoben. Noch gibt es keine Anzeichen von Lebensmittelknappheit, aber dies wird sich sehr bald ändern, besonders in den Lagern, weil die Menschen dort kein Geld haben, um Vorräte zu kaufen. Wir versuchen nun, uns in der Nachbarschaft zu organisieren, uns gegenseitig bei der Beschaffung von Lebensmitteln und der medizinischen Versorgung zu helfen.

In Nablus wurde bereits angekündigt, daß die Ausgangssperre noch sehr lange andauern werde. Sie soll alle paar Tage für ein oder zwei Stunden aufgehoben werden. Von Tel Aviv hören wir, daß alles geschlossen ist und die Menschen die Stadt verlassen. Die Kriegsangst herrscht eher unter den Israelis als unter den Palästinensern. Sie haben Angst, daß es zu einem neuen Ausbruch der Intifada kommt, wenn die Palästinenser mehr als zwei Stunden auf die Straße dürfen.

Denkst Du, daß Israel in den Krieg eingreifen wird, und wie wird sich die israelische Entscheidung auf die Situation der PalästinenserInnen auswirken?

Israel ist jetzt schon Kriegsteilnehmer und wird es über kurz oder lang auch offiziell sein. Israelische Militärflugzeuge sind inzwischen in Saudi-Arabien stationiert, und der Himmel über dem Libanon ist voller israelischer Flugzeuge. Und uns, die PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten, haben sie als Geiseln genommen.

Wie seht Ihr die weitere Entwicklung?

Für uns ist eines sehr klar. Die USA und ihre Verbündeten führen keinen Krieg zur Befreiung Kuwaits, sondern für die Erhaltung ihrer Macht in der Region. Bush sagt, daß er eine neue Weltordnung anstrebt, aber auf was ist diese neue Weltordnung gebaut? Sie fängt an mit Tod und Zerstörung. Das ist keine neue Welt, sondern wir werden um hundert Jahre zurückgeworfen.

(Auszüge aus einem Interview, das die Gruppe des Palästina-Infos geführt hat)

Türkei: Massenverhaftungswelle, Demonstrant erschossen, Häftling unter Folter ermordet

In vielen Städten der Türkei und Türkei-Kurdistans finden seit dem imperialistischen Angriff der USA und ihrer Verbündeten auf das irakische Volk massenhafte Protestaktionen statt. Die Özal-Regierung setzt dagegen schwerbewaffnete Polizei ein, die Hunderte von DemonstrantInnen in Istanbul, Ankara, Kayseri verhaftete und in Batman, einer kurdischen Stadt, in die Menge zielte und einen Demonstranten tötete.

Gleichzeitig wurden weitere demokratische Vereine geschlossen — als letzter Demkad in Ankara (Frauenverein für Demokratie) und die Vorstandsmitglieder von Demkad und TAYAD, dem Angehörigenverein der politischen Gefangenen, verhaftet. In Ankara wurde ein junger Student, Mitglied Dev Genc (Revolutionäre Jugend), als Zeuge von Protestaktionen zwangsverhört und nach zweiwöchiger U-Haft unter Folter ermordet.

„Nach dem Krieg wird die Türkei größer und stärker dastehen, wir haben keine Angst ... wir sind ein kriegerisches Volk", erklärte Özal öffentlich. Es geht ihm und seiner Regierung also nicht nur um die Unterstützung der NATO — von Adana/Incirlik starten Flugzeuge, die den Irak bombardieren —, sondern ganz offen auch um die Hoffnung auf Grenzerweiterung. Widerstand im eigenen Land soll auch auf diesem Hintergrund zum Schweigen im wahrsten Sinne des Wortes gebracht werden. Die „Kurdenfrage" soll gleich militärisch mit „gelöst" werden. Im Falle eines Gegenangriffs des Irak würden in erster Linie kurdisches Gebiet und die dort lebenden Menschen betroffen sein. Was sämtliche bisherigen Deportationsprogramme der Regierung nicht geschafft haben, „gelingt" nun: Schätzungsweise 500000 bis 700000 KurdInnen haben bereits „freiwillig" ihre Dörfer verlassen.

Aber die revolutionären Kräfte schweigen nicht. Bei militärischen Aktionen von Devrimci Sol/Silakli Devrimci Birlikler (Revolutionäre Linke/Bewaffnete Revolutionäre Einheiten) wurden NATO- und Regierungseinrichtungen zum Teil vollständig zerstört: so zum Beispiel das NATO-Büro und sechs US-Einrichtungen, darunter das US-Konsulat, in Adana; drei Polizeistationen in Istanbul; die Parteizentrale von ANAP (der Regierungspartei) in Adana-Yüregir; die Büros der französischen, saudi-arabischen und japanischen Fluggesellschaften in Ankara sowie das dortige Finanzamt.

Die Parolen Devrimci Sols sind: „Der Nahe Osten gehört den Völkern des Nahen Ostens!", „Imperialistische Besetzer raus aus dem

Golf!", „Die Völker im Nahen Osten sind Brüder!", „Nieder mit dem Imperialistischen Krieg!"
TAYAD-Solidaritätskomitee

Luiti

Luitgard Hornstein zu neun Jahren verurteilt!

Wir drucken hier ein Interview der „clockwork 129a" mit Luitis Verteidiger Martin Heiming ab, das die „clockwork 129a" in ihrer Nummer 22 veröffentlicht hat.

clockwork 129a: Wie lauten die Begründungen des verurteilenden Gerichts für Luitis Haftstrafe?

RA M. Heiming: Luitgard ist wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Beihilfe an einem Sprengstoffanschlag" verurteilt worden.

Der Bundesgerichtshof hatte diesen Spruch im Grunde ja schon vorgegeben, als er das erste Urteil gegen Luiti zwar aus rechtlichen Gründen und auf Antrag der Bundesanwaltschaft aufgehoben hatte, den Vorwurf der „Mitgliedschaft" aber gleichzeitig stehen ließ. Dieser Punkt der Anklage brauchte also nur noch abgesegnet werden nach dem Motto: Chris, Rico, Andrea und Luiti waren eine „Kämpfende Einheit", ergo hatten sie was mit der RAF zu tun. Und da sie also RAF-Mitglieder waren, so diese Logik der verurteilenden Gerichte, und drei von ihnen bereits rechtskräftig wegen des Dornier-Anschlages verurteilt waren, muß die vierte Person auch dabei gewesen sein.

In diesem Verfahren wurde ganz offen politisch geurteilt, sogar ausdrücklich gesagt, daß meiner Mandantin keine Tatbeteiligung nachgewiesen werden konnte. Aber sie hätte eben diese ganze Politik zumindest moralisch unterstützt. Die Begründung des Gerichts dafür: Luiti habe Diskussionspapiere, Bücher, Unterlagen besessen, die darauf schließen lassen, daß sie an der „Tatbekennung Dornier" beteiligt gewesen sein muß.

In der Urteilsbegründung war das alles sehr wenig konkret — es wurden im Gegenteil Dinge genannt, die mit dem Verfahren gar nichts zu tun haben, z. B. Aktionen der RAF von 1972 an. Da war meine Mandantin acht Jahre alt.

clockwork: Der Eindruck von diesem Verfahren ist der von einem ignoranten, beinahe böswillig vorverurteilenden Gericht, das auf die wirklichen Sachverhalte oder die Verteidigung nicht eingeht. Wie ist, mal abgesehen von einzelnen recht unsympathischen Personen, diese Systematik zu erklären?

RA M. Heiming: Platt gesagt, es sind eben Staatsschutzsenatsmitglieder, die da verhandeln und urteilen. Die verstehen vieles nicht und wollen es auch nicht verstehen. Und sie begründen ihre Entscheidungen eben politisch, ganz offen. Wenn da die drei Buchstaben R A F zusammenstehen, sehen die schon rot ...

In Luitis Verfahren war es wohl so, daß unsere ganze Beweisaufnahme ab Oktober völlig überflüssig war und an denen vorbeigegangen ist. Der Tatbestand war vorher festgeschrieben, also mußte das irgendwie zusammengebogen werden. Im Grunde war das Urteil — von Anfang an — fertig, es fehlten nur noch die Konstruktionen, um Luiti den Anschlag auch noch anhängen zu können. Wenn dies nicht gemacht worden wäre — und das ganze ist und war ja sehr wackelig —, dann hätte das Folgen für die drei anderen Verfahren gegen Rico, Chris und Andrea gehabt. Und das sollte sicher auf jeden Fall ausgeschlossen werden ...

Es spricht wirklich viel dafür, daß das Urteil schon lange feststand. So haben wir ja Anfang November z. B. einen Befangenheitsantrag an das Gericht gestellt, nachdem ein Anstaltspsychologe ungefragt zu Luiti in die Zelle gekommen war und mit ihr über ihren Optimismus reden wollte mit der Begründung, er wolle einem Selbstmord vorbeugen ...

clockwork: Kann gegen dieses neue Urteil jetzt auf juristischem Weg noch was gemacht werden?

RA M. Heiming: Ja, der ganze Komplex Beihilfe ist revisionswürdig. Das wird juristisch behandelt wie ein Verfahren in erster Instanz, denn darüber ist ja hier bei diesem Prozeß zum erstenmal verhandelt worden.

Wir werden selbstverständlich Revision beantragen. Der Bundesgerichtshof muß dann auf Rechtsfehler prüfen und das Verfahren zurückverweisen. Bekanntlich sind die Chancen in derartigen Verfahren äußerst gering, daß der BGH eine Revision auf Antrag der Verteidigung zuläßt. Aber wir werden es versuchen — dazu müssen wir aber die schriftliche Urteilsbegründung abwarten.

Initiativen

Erklärung von Krankenschwestern und -plegern aus Westberlin zur Zwangsernährung

Wir sind eine Gruppe von Krankenschwestern und Krankenpflegern aus Westberlin. Wir haben uns zusammengefunden, um eine Kundgebung vorzubereiten gegen die Zwangsernährung von politischen Gefangenen im Hungerstreik und für ihre Zusammenlegung in große Gruppen.

Es ist uns nur gelungen, einen kleinen Kreis von Kolleginnen und Kollegen anzusprechen. Deshalb wollen wir hier nochmal darlegen, warum wir uns gegen die Zwangsernährung aussprechen und was die Auseinandersetzung mit dieser Frage für Auswirkungen auf unsere alltägliche Arbeit hat.

Im Frühjahr 1989, als sich der Hungerstreik der politischen Gefangenen zuspitzte (speziell bei Gabi Rollnik), hat die Westberliner Gesundheitssenatorin Stahmer bei den Intensivstationen der verschiedenen Häuser angefragt, wer vom pflegerischen und ärztlichen Personal bereit sei, die Gefangenen intensiv-medizinisch zu behandeln, sprich: gegen ihren Willen zu ernähren. Als sich nicht genügend Personal fand, drohte sie mit Dienstverpflichtungen. Die „progressive" Westberliner Ärztekammer rief ausdrücklich zur „ersten Hilfe" auf.

Wie viele Kolleginnen und Kollegen waren wir verunsichert und brauchten einige Zeit, um unsere Position zu klären.

Wir wollten, daß die Gefangenen Erfolg haben in ihrem Kampf um Zusammenlegung, aber uns machte die Vorstellung Schwierigkeiten, daß sie womöglich vor unseren Augen auf unseren Stationen sterben würden, ohne daß wir etwas tun können. Es ist uns anfangs schwer gefallen, den freien Willen dieser Menschen, zu kämpfen und in diesem Kampf auch ihr Leben einzusetzen, zu akzeptieren. Uns ist aber klar geworden, daß wir über sie nicht zu entscheiden haben. Sie entscheiden Tag für Tag, wie weit sie in diesem Kampf gehen wollen. Sie kämpfen gegen die Isolationsfolter, und der Hungerstreik ist ihr letztes Mittel. Unsere Aufgabe kann nur darin bestehen, sie in ihrem Kampf gegen die mörderischen Haftbedingungen mit unseren Mitteln zu unterstützen. Mit intensiv-medizinischen Maßnahmen in ihren Kampf einzugreifen, wäre ein Verbrechen, bedeutet es doch, den Willen der Gefangenen, ihre Entscheidungen ganz bewußt zu ignorieren. Und es würde bedeuten, heute ihr Leben oder besser Überleben zu bewahren, damit sie morgen zurück in die Trakte geschickt werden.

(So geschieht es zur Zeit seit über 300 Tagen bei politischen Gefangenen in Spanien, die ebenfalls mit einem Hungerstreik für ihre Zusammenlegung kämpfen.)

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß selbst Kolleginnen und Kollegen, die die Forderungen der Gefangenen unterstützen, angesichts der Frage von Leben und Tod den Gefangenen ihre eigene Entscheidung nicht zubilligen wollten. Insbesondere Ärztinnen und Ärzte wollten ihr Entscheidungsmonopol der „letztlich Verantwortlichen" nicht aufgeben. Knut Folkerts, ein Gefangener aus der RAF, hat rekonstruiert, wie die Zwangsernährung an ihm vollzogen worden ist, nachdem er bereits das Bewußtsein verloren hatte. Aus seiner Schilderung wird klar, daß es sich bei den „intensiv-medizinischen Maßnahmen" um eine neue „saubere" Form der Folter handelt.

Bis 1985 sind die Gefangenen bei Bewußtsein und mit offener Gewalt zwangsernährt worden. Sie wurden an Händen und Füßen und am Kopf gefesselt, und mit Gewalt wurde ihnen eine Sonde in den Magen geschoben — auch von medizinisch-pflegerischem Personal.

Doch immer mehr Ärztinnen und Ärzte, Schwestern und Pfleger haben sich geweigert, sich an der Gewaltanwendung gegen die Gefangenen zu beteiligen, und die Zwangsernährung wurde öffentlich als Folter denunziert. Deshalb wurde diese neue Methode: Zwangsernährung im Koma entwickelt.

Egal, ob die intensiv-medizinische Zwangsernährung in der Form durchgeführt wird wie bei Knut Folkerts oder in einer abgewandelten Form, es handelt sich bei der Zwangsernährung um Folter. Jede/r sollte sich mit dieser Frage genau auseinandersetzen, denn jede/r trägt die Verantwortung für das eigene Handeln.

Für uns war die Auseinandersetzung mit der Zwangsernährung und unserer Unsicherheit im Umgang damit Anlaß, über uns in unserer täglichen Arbeit zu diskutieren.

Wir arbeiten fast alle im Krankenhaus, einer Institution, die nach ökonomischen Gesichtspunkten und Erfordernissen des technischen diagnostisch-therapeutisch-pflegerischen Ablaufs organisiert ist. Die Perso-

nalstruktur ist hierarchisch. Am untersten Ende der Stufenleiter und als Objekt des technischen Ablaufs findet sich der/die Patient/in nach Eintritt ins Krankenhaus wieder.

Ein großer Teil der Patienten findet sich mit dieser Situation ab. Und wenn wir ehrlich sind, gibt es immer wieder Situationen, wo es uns ganz recht ist, wenn die Patienten nicht noch eigene Vorstellungen und Wünsche artikulieren.

Die Gefangenen hingegen konfrontieren uns mit klaren Vorstellungen von dem, was sie wollen. Sie wollen nicht, daß über sie entschieden wird. Und damit stellen sie uns auch in unserem täglichen Verhalten gegenüber Patienten in Frage. Bemühen wir uns denn darum, den Patienten die Möglichkeit zu schaffen, über das zu entscheiden, was wir an ihnen oder mit ihnen machen? Unterstützen wir sie und ihre Angehörigen darin, sich eben nicht dieser Institution zu unterwerfen, eigene Vorstellungen zu entwickeln?

Durch die völlig unzureichende Personalausstattung können wir oft selbst bei bestem Willen und Bemühen nur den technischen Ablauf der Pflege und die Überwachung der Patienten gewährleisten. Für die Auseinandersetzung mit ihnen bleibt weder Zeit noch Raum.

Wir diskutieren daher darüber, wo es überhaupt noch vertretbar ist zu arbeiten, welche Voraussetzungen für uns unverzichtbar sind. Dazu gehören Fragen nach der Aufklärung über Forschungsvorhaben, Sinn und Unsinn diagnostischer und therapeutischer Maßnahmen (die eher die Kassen von medizinisch-technischen Unternehmen füllen als dem Patienten zu dienen), Mitspracherecht des Pflegepersonals und realer Entscheidungsmöglichkeit des Patienten.

Wir überlegen, wie wir welche Veränderungen durchsetzen können.

Stellen wir uns diesen Fragen nicht, werden wir uns daran gewöhnen, uns und die Patienten in die bestehenden Bedingungen hineinzuzwängen (und dabei haben wir immer noch eine Machtposition).

Dann ist der Weg auch nicht mehr weit, Gefangene im Hungerstreik zwangszuernähren. Wir nennen das dann „erste Hilfe". Wir tun nur unsere Pflicht und haben von nichts gewußt.

Leben retten — wie jeden Tag.

Die Schwestern und Pfleger zitieren dann ausführlich einen Bericht von Knut Folkerts über Zwangsernährung im Koma, die bei ihm während des kollektiven Hungerstreiks der politischen Gefangenen 1984/85 angewandt wurde. Aus Platzgründen verzichten wir auf den Abdruck des Berichts. Er ist enthalten in der Broschüre „Von der Zwangsernährung zur Koma-Lösung", deren Lektüre die Krankenschwestern und -pfleger ausdrücklich empfehlen. Die Broschüre ist erhältlich in linken Buchläden. Bestellungen über: Rechtsanwältin Renate Trobitzsch, Postfach 91 11 04, 3000 Hannover 91.

Aktuelles international

Mikel: Angekündigter Tod
Im Knast von Martutene starb erneut ein baskischer politischer Gefangener

Am 30. November 1990, dem Tag, an dem sich 37 Gefangene aus PCE(r) und GRAPO ein Jahr im Hungerstreik befanden, starb der baskische politische Gefangene Mikel Zalakain (58) im Knast von Martutene. Sein Tod wird auf fehlende medizinische Betreuung zurückgeführt, die er nach einem Herzinfarkt im Juli 1990 dringend benötigt hätte.

Mikel Zalakain wurde am 25. April 1987 zusammen mit seiner Frau Pilar Esain und seinen zwei erwachsenen Kindern unter dem Vorwurf der Kollaboration mit ETA verhaftet. Verurteilt wurde er, weil er angeblich Lastwagen seines Transportunternehmens ETA zur Verfügung gestellt habe. Er wäre im April dieses Jahres freigekommen.

Inma Agirre von den Komitees für die Amnestie (Gestoras pro Amnistía, GGAA) bezeichnete den Tod Mikels als „voraussehbar" und provoziert durch die Gefängnisbehörden. Bereits im Juli 1990 erlitt Mikel in Madrid einen Herzinfarkt, nachdem er wie alle baskischen politischen Gefangenen zuvor ständig von Knast zu Knast verlegt worden war. Obwohl Angehörige und Ärzte der GGAA immer wieder auf den schlechten Gesundheitszustand des baskischen Gefangenen hinwiesen, wurde dieser einzig im August einer nochmaligen Untersuchung durch Knastärzte unterzogen. Kurz darauf wurde er von Madrid nach Martutene (ein Knast in Donostia) verlegt. Eine Reise von 400 Kilometern, für die der Gefangenentransport zwei Tage benötigte. „Ihr Mann starb heute nacht im Spital", teilte der Direktor von Martutene am 1. Dezember telefonisch Pilar Esain mit. Eine Lüge, wie sich bereits wenige Stunden darauf herausstellte. Mikel Zalakain war, als er vom Sanitätsdienst DYA vom Knast in das Spital überführt wurde, gemäß Angaben der DYA bereits tot. Mikel ist der neunte baskische Gefangene, der die spanische Vernichtungspolitik in den Knästen mit seinem Tode bezahlte . . .

Baskischer Gefangener in gravierendem Zustand

Zwei Wochen nach dem Tode Mikel Zalakains mußte der Gefangene Manu Azkarate vom hochmodernen Superknast Sevilla II in ein Spital überführt werden. Manu leidet seit seiner Verhaftung im Januar 1986, nach der er Mißhandlungen und Folterungen denunzierte, an schweren inneren Blutungen. Ärzte bezeichneten seinen Zustand nach seiner Einlieferung als sehr ernst. Bei Redaktionsschluß am 21. Januar war der Zustand Manus unverändert schlecht.

Hungerstreiks in Yeserías und Ceuta

Zwei Tage nach dem Tode Zalakains begannen im Frauenknast Yeserías die beiden baskischen politischen Gefangenen Iñake Kortadi und Joxepa Eraga einen Hungerstreik. Sie protestierten damit gegen andauernde Schikanen (Mißhandlungen, Aus- und Anziehen bei jedem Verlassen der Zelle). Die beiden Frauen brachen den Streik nach 25 Tagen ab, nachdem zwischen ihren Anwältinnen und der Knastdirektion bestimmte Vorabkommen für eine Verbesserung ihrer Bedingungen getroffen wurden. Wie die Gestoras pro Amnistía mitteilten, weigern sich die beiden Frauen bis zur Erfüllung ihrer Forderungen, ihre Zellen zu verlassen.

Erfolgreich beendeten außerdem Anfang November die fünf baskischen politischen Gefangenen in Ceuta einen zehntägigen Hunger- und Durststreik, mit dem sie Besuche von FreundInnen und das Recht auf Kommunikation in Euskera (Baskisch) durchsetzten. Dieses Recht wurde Wochen zuvor durch ein Gerichtsurteil bestätigt, in Ceuta allerdings nicht genehmigt. Nach zehn Tagen Streik, in denen den AnwältInnen und Verwandten striktes Besuchsverbot erteilt wurde, willigte der Direktor von Ceuta in die Forderungen der Streikenden ein.

Abgesehen von diesen Teilerfolgen baskischer Gefangener waren in den letzten Monaten auch Anzeichen von Änderungen der staatlichen Repressionspolitik gegen baskische politische Gefangene sichtbar. Auffällig ist vor allem, daß die spanische Regierung begonnen hat, baskischen politischen Gefangenen teilweise das letzte Drittel ihrer Strafe zu erlassen, ohne dies an Bedingungen zu knüpfen.

Entnommen aus Euskadi Information, Februar/März 1991. In diesem neuen Heft wird auch ein Communiqué der baskischen politischen Gefangenen veröffentlicht sein. Euskadi Information ist zu bestellen bei: Euskadi Information, Postfach 7323, 8023 Zürich. Ein Jahresabonnement kostet 30 DM/SFr., einzuzahlen bei Volksbank Freiburg, BLZ 680 900 00, Konto-Nr. 10577705. Die Euskadi Information erscheint kontinuierlich alle zwei Monate.

Baskenland: Martxa nach Herrera
Rekordbeteiligung am jährlichen Marsch zum Hochsicherheitsknast Herrera

13 000 Frauen, Männer und einige Kinder, mehr als je zuvor, reisten am 29. Dezember 1990 mit Autobussen in die zentralspanische Provinz Ciudad Real, wo der alljährliche Marsch nach Herrera de la Mancha stattfand. Herrera de la Mancha ist jenes spanische Hochsicherheitsgefängnis, das seit jeher als Symbol für den Umgang des spanischen Staates mit seinen rund 500 baskischen Geiseln bekannt ist.

Jeweils am Vorabend starten aus praktisch allen baskischen Städten und Dörfern Autobusse nach dem 600 Kilometer entfernten, in einer Einöde südlich von Madrid gelegenen Superknast. Schon auf den ersten Kilometern der Reise wurde klar, daß die Kolonnen von Autocars auch dieses Jahr schikanösen polizeilichen Kontrollen unterzogen werden. Bis zu 20 Kontrollpunkte der Guardia Civil und der Nationalpolizei wurden gezählt. Wahllos wurden Autobusse herausgewunken, deren Insassen überprüft oder einfach eine halbe Stunde im Ungewissen gelassen wurden.

So ging es gegen Mittag, bis alle Autobusse an der Stelle angekommen waren, wo die Guardia Civil seit 1987 die *Martxa* definitiv stoppt. Etwa sechs Kilometer vor dem Knast, in einer unbewohnten Ackerzone.

Beobachtet von der Guardia Civil (auch aus der Luft) fand auf einer Lastwagenbühne ein politischer Akt statt. Zwischen verschiedenen folkloristischen Auftritten wurden Communiqués verlesen. Auf großes Interesse stieß der von den baskischen politischen Gefangenen, Flüchtlingen und Deportierten unterzeichnete Text. Darin wurde festgestellt, daß trotz der durch den spanischen Staat „auferlegten Schmerzen, des vergossenen Blutes und der Tränen die politische Gesundheit der baski-

schen Befreiungsbewegung besser ist als noch vor einem Jahr".

Ebenfalls wurden Communiqués von verschiedenen Solidaritätskomitees aus dem spanischen Staat und dem Ausland verlesen. Die Veranstaltung wurde mit einem Sender direkt ins Gefängnis übertragen.

Zu Beginn der verschiedenen Reden wurden die Fotos aller baskischen Gefangenen an Hunderten von farbigen Luftballons steigen gelassen.

Den Abschluß des Programms bildete der erste Live-Auftritt der baskischen Rockgruppe NEGU GORRIAK. Die stürmisch begrüßte Gruppe setzte mit ihrer kraftvollen Mischung aus Rock und Rap sowie radikalen und tiefgehenden Texten einen starken Schlußpunkt unter Herrera 1990, einmal mehr eine starke Demonstration der Verbundenheit und Einheit der baskischen Befreiungsbewegung und ihrer über 500 Gefangenen.

Entnommen aus Euskadi Information, Februar/März 1991.

Weitere Meldungen

Bilbao. Am 19. Januar beteiligten sich mehr als 30000 Menschen in den Straßen von Bilbao an einer Großdemonstration, zu der die Komitees für die Amnestie und Herri Batasuna aufgerufen hatten. Der zweistündige Schweigemarsch verlangte die Respektierung der Rechte der politischen Gefangenen. Im politischen Schlußakt der Demo sprach unter anderen auch die Schriftstellerin Eva Forest. Die andauernden Verlegungen baskischer Gefangener waren auf der Demo ebenso ein Thema wie der andauernde Hungerstreik der spanischen politischen Gefangenen aus PCE(r) und GRAPO.

Barcelona. Die Unabhängigkeitskämpferin Montserrat Tarragó, die zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt wurde, kam am Weihnachtstag in Barcelona frei. Die Ex-Gefangene sagte auf einer Veranstaltung aus Anlaß ihrer Freilassung, daß „der bewaffnete Kampf in Katalonien weiterhin als gültiges Instrument anzuschauen ist, solange keine anderen Bedingungen bestehen, unter denen die Freiheit für die katalanischen Länder erreicht werden kann". In bezug auf den Zustand der Unabhängigkeitsbewegung sprach Montserrat von einem „schwierigen und langen Prozeß, zu dem alle etwas beitragen müssen, damit er vorankommt".

Entnommen aus Euskadi Information, Februar/März 1991.

Schlußwort zum Urteil von Linda Evans Resistance Conspiracy Case, 6. Dezember 90

Linda Evans, eine der sechs des Resistance-Conspiracy-Falles, ist im Dezember 1990 zu fünf Jahren zusätzlich zu ihren schon 35 Jahren Knast verurteilt worden, wegen des Angriffes gegen das Capitol in Washington nach der Invasion der USA in Grenada und wegen Verschwörung zur Vorbereitung anderer Angriffe. Sie ist zusammen mit zwei anderen Frauen, Laura Whitehorn und Marilyn Buck, die 20 bzw. 10 Jahre zusätzlich bekamen, verurteilt worden. Diese Urteile verdeutlichen, wie die USA mit Gegnern ihrer eigenen aggressiven Invasionspolitik umgehen. Die Schlußerklärungen der anderen beiden Frauen werden wir in einem der nächsten Infos veröffentlichen.

Ich stehe heute hier, um Verantwortung für mein Handeln zu übernehmen. Ich möchte gern erklären, wie ich dazu kam, vor diesem Gericht zu stehen, einige der Erfahrungen vermitteln, die zu Entscheidungen in meinem Leben und meinen Plänen und Hoffnungen für die Zukunft geführt haben.

Ich halte mich selbst für eine ziemlich gewöhnliche Person. Ich wuchs in einer kleinen Farmgemeinde in Iowa in einer liebevollen Familie und relativ behüteten Verhältnissen auf. Ich bin dankbar und fühle mich geehrt, daß meine Eltern gekommen sind, um heute hier mit mir zu sein. Ich wuchs mit den Werten harte Arbeit, Liebe und Mitgefühl für andere Menschen, Glaube an gleiche Möglichkeiten und Uneigennützigkeit auf. Aber als ich das College besuchte, lernte ich, daß es härter war, diese Werte in der wahren Welt zu erreichen.

Ich begegnete Rassismus und stellte mich zum ersten Mal gegen ihn, als StudentInnen einer schwarzen StudentInnenorganisation im Verwaltungsgebäude saßen und unbeschränkte Zulassungen, mehr schwarze DozentInnen und einen Fachbereich für „Black Studies" forderten. Ihre Forderungen stellten meine Ignoranz und meine Privilegien in Frage. Ich ging zu ihren Demonstrationen, ich wurde zum ersten Mal verhaftet; es war das erste Mal, daß ich von der Polizei weggeschleift und geschlagen wurde. Aber es war nicht das letzte Mal. Leider gibt es heute weniger schwarze StudentInnen und schwarze DozentInnen an der Michigan State University als damals.

Zur gleichen Zeit bewegten mich die Schrecken des Vietnam-Krieges dazu, der Anti-Kriegs-Bewegung beizutreten. 1969 wurde ich ausgewählt, den SDS (Students for a Democratic Society) in einer Delegation zu repräsentieren, um US-Kriegsgefangene, die von den Vietnamesen als ein Zeichen der Freundschaft zu den amerikanischen Menschen freigelassen wurden, zurückzubringen.

Mit dieser Delegation reisten wir durch Nordvietnam bis zur Grenze des Südens und wurden ZeugInnen unglaublicher Zerstörung. Wir sahen ein ganzes Volk dazu mobilisiert, sich selbst zu verteidigen — von Schulkindern zu Großmüttern. Überall sahen wir Bombenkrater, Stücke von Napalm, hörten Berichte des unerträglichen, endlosen Brennens von Phosphorbomben, sahen das zerrissene Fleisch von Wunden, die durch Bombensplitter verursacht worden waren. In großen Städten sahen wir Meilen von Schutt. Das einzige, was noch stand, waren bspw. die Überreste eines Krankenhauses, gekennzeichnet durch eine einzige Säule mit einem roten Kreuz, oder vielleicht ein Teil eines Bogens von einem 2000 Jahre alten Tempel.

Das war Rassismus, zum Völkermord eskaliert, das Auslöschen eines ganzen Volkes und seiner Kultur. Ich weinte fast ununterbrochen.

Ich lernte einige der wichtigsten Lektionen meines Lebens aus dieser Erfahrung. Ich lernte über das erschreckende Ausmaß von Gewalt, das die USA gewillt sind auszuüben, um ihre Interessen zu schützen — gegen ein Volk, das entschlossen ist, nur sein eigenes Schicksal zu bestimmen und für seine Freiheit zu kämpfen. Ich erlebte, daß die Tatsache, daß das vietnamesische Volk zu den Waffen griff, um sich selbst gegen die Gewalt der USA zu verteidigen, nicht bedeutete, daß sie zu gewalttätigen Menschen wurden — eher das Gegenteil.

Die Vietnamesen waren die behutsamsten, großzügigsten, liebevollsten Menschen, die ich jemals getroffen hatte. Der furchtbare Tribut an Menschenleben, die vom Krieg genommen worden waren, ließ sie das menschliche Leben noch höher schätzen.

Als ich zurückkehrte, um in Detroit zu leben, intensivierte sich die Überwachung durch das FBI, der SDS war stark unterwandert, in unsere Häuser wurde eingebrochen.

All dies war Teil des COINTELPRO, des Counter-Intelligence-Programms des FBI, initiiert, um die schwarze Befreiungsbewegung und andere progressive Bewegungen in den 60ern zu zerstören.

Zur selben Zeit wurde ich Zeugin des intensiven Rassismus, der gegen die schwarze Community in Detroit gerichtet war. Meine Nachbarn erzählten mir von ihrem Entsetzen, als Panzer die Straßen von Detroit entlangfuhren und National Guard und Polizei blind in die Häuser schossen. Wildcat Streikaktionen wurden von der revolutionären Gewerkschaft schwarzer ArbeiterInnen gegen den institutionalisierten Rassismus in Detroits Autowerken ausgerufen. Dieses Jahr war auch ein Jahr konzentrierter Angriffe gegen die Black Panther Party in Detroit und überall in den USA, Fred Hampton und Mark Clark, George Jackson und viele andere Führer des schwarzen Befreiungskampfes wurden ermordet. Scharen von jungen schwarzen Männern und Frauen wurden dafür eingesperrt, daß sie für Gerechtigkeit und Menschenrechte kämpften.

Mein Verständnis dieser Welt und meines Lebens wurde dadurch verändert, daß ich Zeugin dieser großangelegten rassistischen Angriffe und der Intensität des Krieges in Vietnam wurde. Ich traf die Entscheidung, mich auf die Seite der unterdrückten Menschen zu stellen — und das hat sich in 20 Jahren nicht verändert.

Während der 70er Jahre lebte ich in Austin, Texas. Hier verfolgte ich wiederholte Angriffe auf Schwarze, Native Americans (Indianer) und mexikanische Menschen.

Der Ku Klux Klan lynchte das Bild eines schwarzen Menschen und durchlöcherte es mit dem Feuer von Maschinenwaffen gleich außerhalb einer schwarzen Community. Mein Name wurde zusammen mit anderen schwarzen, weißen und mexikanischen Anti-Klan-AktivistInnen auf eine Todesliste gesetzt. Diese Todesliste wurde bei einer Klan-Kundgebung innerhalb eines Sarges und umgeben von Stapeln von Maschinengewehren ausgestellt. Während dieser Jahre in Austin arbeitete ich auf unterschiedliche Art und Weise, um soziale Gerechtigkeit zu erlangen — von der Organisation von Frauen und Lesben gegen die zunehmende Gewalt gegen Frauen und Kinder, bis hin zur Arbeit in Bündnissen, die die Selbstbestimmung von Puerto Rico, indianischen Nationen und Nationen in Afrika, Lateinamerika und im Nahen Osten unterstützten.

Über die Jahre war ich durch meinen eigenen Begriff von Moral dazu motiviert, Rassismus in all seinen Formen entgegenzutreten und zu versuchen, die US-Anstrengungen, andere Völker zu dominieren, zu unterbinden. Ich bin durch Menschen in der ganzen Welt, die für Freiheit kämpfen, inspiriert worden, durch meine eigenen Hoffnungen auf Be-

freiung und daß unsere Kinder eines Tages in einer Gesellschaft leben werden, die das Leben bejaht, anstatt den Tod zu unterstützen. Diese Hoffnungen haben all meine Aktionen motiviert, die inbegriffen, für die ich heute Verantwortung übernehme. Ich sage dies nicht, um diese Aktionen vor Ihnen zu verteidigen oder zu rechtfertigen, aber so, daß Sie meine Motivation dazu und deren Kontext in meinem Leben verstehen können. Die Regierung unterstellt mir, daß ich glaube, das Ziel rechtfertige die Mittel, daß ich eine Terroristin und gewalttätige Kriminelle bin. Nichts davon ist wahr. Ich bin weder eine gewalttätige Person noch eine Gefahr für die Gesellschaft.

Ich möchte ein anderes Thema ansprechen — nicht, um es zu diskutieren, aber um zu erklären, weshalb es mir wichtig ist.

Ich habe gehört, daß sie bei Marilyn Bucks Verurteilung eine Definition für „politische Gefangene" aufgebracht haben — Menschen, die im Gefängnis sind, weil sie „unpopuläre" politische Überzeugungen vertreten. Das war seit Jahren die Definition von Amnesty International. Trotzdem würden unter dieser Definition viele Führende der Welt, Nelson Mandela und die Führer des ANC und der United Democratic Front nicht als politische Gefangene anerkannt werden. Es gibt zunehmend eine Debatte über die Definition politischer Gefangener auf internationaler Ebene.

Amnesty International zieht eine neue Kategorie politischer Gefangener in Betracht — Menschen, die politisch motivierter Straftaten überführt wurden — um anzuerkennen, daß Ideen allein keine Veränderung herbeiführen.

Für mich ist das Thema politische Gefangene/Kriegsgefangene kein abstraktes Konzept. Die Anerkennung der Existenz von politischen Gefangenen in den US-Knästen ist keine Frage von Übereinstimmung mit oder Verteidigung von einer bestimmten Aktion, sondern eher die Anerkennung der politischen Motivationen hinter den Aktionen und der Tatsache, daß wir alle Teil von Bewegungen für soziale Veränderung sind.

Menschen in diesen Bewegungen haben sich selbst der Vision einer gerechten und friedlichen Gesellschaft verschrieben, wo nicht auf Menschenrechten herumgetrampelt wird, sondern sie geschützt werden, wo jedes menschliche Wesen seine/ihre vollen Möglichkeiten entwickeln kann und ein erfülltes, unausgebeutetes Leben unabhängig von nationaler Herkunft, Geschlecht, Religion, sexueller Orientierung sowie physischer und geistiger Kapazität führen kann. Diese Vision ist ein konkretes Ziel, nicht ein konkreter Traum.

Während der letzten zwei Jahre hatte ich das Glück, viele Menschen kennenzulernen, mit denen ich dieses Ziel teile. Viele von ihnen sind hier im Gerichtssaal. Sie haben mich dazu befähigt, in eine politische Diskussion einzusteigen, Teil des politischen Lebens dieser Community zu sein. Sie haben zu meinem eigenen politischen Wachstum beigetragen, meinen eigenen Prozessen von Auswertung und Wachstum. Ich habe tiefen Respekt für ihr Engagement, eine politische Bewegung zu tragen.

Noch einmal — die USA bereiten sich auf Krieg vor, stehen mit der Waffe am Rande der Wüste, mit ihrer Armee, die bereit ist, für Öl zu töten und zu sterben. Der Rassismus, die Gewalt und die Obdachlosigkeit in den Straßen der US-Städte eskalieren täglich. Ich fühle jetzt mehr denn je die sofortige Notwendigkeit, eine breite Bewegung zu schaffen, um diese Politik zu verändern. Obwohl es erst in Jahren sein wird, weiß ich, daß ich durch Aufklärungsarbeit und als Community Organizer am effektivsten sein werde. Ich habe im Gefängnis als Beraterin für Gefangene mit AIDS gearbeitet und die Rechte der Gefangenen vertreten. Ich hoffe, noch mehr zu dieser Arbeit beizutragen, wann immer ich aus dem Knast entlassen werde. Ich freue mich darauf, zu meiner Community zurückzukehren und für eine bessere Zukunft und eine bessere Welt für uns alle zu arbeiten.

Ankündigungen

Veranstaltungen, Demonstrationen

Bonn-Bad Godesberg. 2.2., 11-13 Uhr, Residenz des spanischen Botschafters, Kurpark 7, Kundgebung zum Hungerstreik in Spanien.

Hamburg. Bundesweite Demonstration: Hafenstraße bleibt! Sa, 9.2.91, 11.00 Uhr, Ort ist uns noch nicht bekannt.

Darmstadt. 9.3.91, 17.00 Uhr, Bessunger Knabenschule, Ludwigshöherstr. 42: Solidaritätskonzert der Bunten Hilfe Darmstadt für Isabel Jacob und alle politischen Gefangenen. Inforäume zu Palästina, zu Irland und den politischen Gefangenen. Abends Ernestine Zielke (Kabarett), Sondereinsatzkomödie (SEK) aus Köln und Musikgruppen. Sofortige Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen! Zusammenlegung aller politischen Gefangenen! Stoppt den Krieg am Golf!

Veranstaltungen zu den Staatsschutzkonstrukten und was wir dagegen machen können, mit der Prozeßgruppe zu Luiti Hornstein/Düsseldorf und Bewohnern der Hafenstraße;
Kiel. 1.2., 20 Uhr, Hansastr. 48.
Neumünster. 2.2., 20 Uhr, Infoladen Omega, Bahnhofstr. 44.
Lübeck. 3.2., 20 Uhr, Alternative, Wallhalbinsel 27.

Anzeigen

„Aus der Todeszelle — hier spricht Mumia Abu-Jamal" Mumia Abu-Jamal, ein schwarzer Journalist und ehemaliger Black Panther, ist 1982 wegen Polizistenmordes zum Tode verurteilt worden. Das Urteil könnte jetzt zu jeder Zeit vollstreckt werden. Dies wäre die erste Hinrichtung eines politischen Gefangenen in den USA seit Julius und Ethel Rosenberg 1953.

„Aus der Todeszelle — hier spricht Mumia Abu-Jamal" ist ein Video-Film, der aus einem Interview mit Mumia in seinem Besuchsraum im Knast besteht. Er spricht über seine eigene Geschichte, seine Politisierung schon als Jugendlicher, seinen Eintritt und die Arbeit in der Black Panther Party, seine Verfolgung und die vieler anderer Black Panthers und anderer politisch aktiver Menschen in den 60ern und 70ern durch das Aufstandsbekämpfungsprogramm COINTELPRO, seine Arbeit als Journalist in Philadelphia, seine Verbindung mit der MOVE-Organisation und seinen Kampf um sein Leben.

Außerdem gibt es im Film Originalaufnahmen von der schwarzen Bürgerrechtsbewegung und Black-Panther-Demonstrationen, von Angriffen gegen die Black Panthers und gegen MOVE-Mitglieder in Philadelphia 1978 und 1985.

Das Video ist sowohl auf Englisch als auch Deutsch übersprochen zu bekommen. Es dauert 30 Minuten und ist für DM 40,- erhältlich bei:
— MPZ, Thadenstr. 130a, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/4397259, oder
— Agipa Press, Eichenberger Straße 53, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/354029

Eine Abhandlung der drei politischen Gefangenen Bernhard Rosenkötter, Michael Dietiker und Ali Jansen über Antisemitismus und Neofaschismus, die in der „Konkret" 1/91 infolge der Knastzensur leider nur stark verkürzt und sinnentstellend abgedruckt war, ist jetzt vollständig für DM 1,40 Rückporto erhältlich bei: Lutz Rosenkötter, Schweizer Straße 8, 6000 Frankfurt/Main 70.

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: Monika Berberich. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. (0221) 211658. Einzelpreis: 1,20 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 28,60 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30% Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 0,75 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 370 101 11, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto.Nr. 104 19-507. — Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 100 100 10, Kt.-Nr. 44 86 30-102.